

## **Bezahlbares und altersgerechtes Wohnen im ländlichen Raum und in der Sozialen Stadt**

(Angenommen)

### **1. Einleitung**

Die SPD AG 60 plus begrüßt die weiterhin steigende Lebenserwartung in Deutschland. Aufgrund der anhaltend niedrigen Geburtenrate haben wir in Deutschland eine älter werdende Gesellschaft - der Anteil der über 60-Jährigen sowie der über 80-Jährigen an der Gesellschaft wird sich den demografischen Prognosen zur Folge schon bis 2030 in fast jeder Kommune in Deutschland deutlich erhöhen. Überdurchschnittlich stark betroffen dabei ist Ostdeutschland. Deutschland ist jedoch bisher weit davon entfernt, für die älter werdende Gesellschaft fit zu sein.

Gleichzeitig wird es - auch für Ältere - immer schwerer, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Nicht nur die Mieten steigen in manchen Regionen stark, auch die Stromkosten werden vor dem Hintergrund der Energiewende ein größeres Thema, zumal Rentnerinnen und Rentner ihr Einkommen nicht steigern können und größere Rentenerhöhungen, die Kostensteigerungen ausgleichen könnten, nicht in Sicht sind. Das Wohnen im Alter wird vor dem Hintergrund der älter werdenden Gesellschaft immer problematischer werden. So fehlt es auch an barrierefreien Wohnungen. Wer keine barrierefreie Wohnung hat, aber auf Barrierefreiheit angewiesen ist, muss im schlimmsten Fall die Wohnung und damit vielfach den gewohnten Lebensraum mitsamt des dortigen sozialen Netzes verlassen. Ein generationengerechtes Wohnumfeld gewinnt vor dem Hintergrund der steigenden Zahl der Ein-Personen- Haushalte immer größere Bedeutung.

Gerade bei Pflegebedürftigkeit ist ein auf die persönlichen Bedürfnisse zugeschnittener Wohnraum unerlässlich und kann den Umzug in ein Pflegeheim hinausschieben bzw. verhindern, was dem überwiegenden Wunsch der Betroffenen entspricht. Insgesamt gehört zum Wohnen und Leben im Alter aber auch die Debatte über neue Wohnformen für Pflegebedürftige sowie deren Förderung.

In vielen Orten im ländlichen Raum gibt es kein ausreichendes und barrierefreies Angebot des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Wenn Ältere auf diesen angewiesen sind, stellt sich die Frage der Versorgung, zumal es gerade in sehr kleinen Ortschaften nicht immer ein ausreichendes Versorgungsangebot - vom Supermarkt bis hin zur ärztlichen Versorgung - gibt. Nur durch ein gutes ÖPNV-Angebot sowie Verbesserungen in der Versorgung Älterer im ländlichen Raum - auch durch die Stärkung ehrenamtlicher Initiativen - kann das Wohnen im angestammten Wohnraum auch im ländlichen Raum ermöglicht werden. Da weiterhin viele Bahnhöfe nicht barrierefrei sind, ist die Mobilität von älteren Menschen mit Behinderung bundesweit nicht ausreichend gegeben.

Fehlende Mobilität bedeutet mangelnde gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten. Angesichts der drohenden weiteren Absenkung des Rentenniveaus bzw. der Rentenansprüche wird Altersarmut in der Zukunft eine größere Rolle spielen. Die finanzielle Absicherung im Alter ist eine Voraussetzung dafür, im Alter angemessen und ohne Not wohnen und leben und damit am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Wenn wir vom Wohnen und Leben im Alter sprechen, geht es immer auch darum eine gute Lebensqualität durch ein ausreichendes Einkommen zu gewährleisten.

### **2. Die Schadensbilanz der schwarz-gelben Bundesregierung**

Es waren für Ältere in Deutschland vier verlorene Jahre unter der von Angela Merkel geführten schwarz-gelben Bundesregierung. Es mangelte nicht nur an Impulsen für die Zukunft und Strategien für die älter werdende Gesellschaft sondern es gab sogar Rückschritte zu Lasten der Älteren und damit für Deutschlands Zukunft. Bestehende und von der SPD in Regierungsverantwortung ins Leben gerufene Initiativen und Programme wurden teils massiv gekürzt. Stattdessen lieferte die schwarz-gelbe Regierung eine inhaltsleere „Demografiestrategie“, in der wahllos bestehende Projekte hineingeschrieben und

zur Strategie verklärt sowie völlig unkonkrete Absichtserklärungen formuliert wurden.

Die Strategie: warme Worte, keine Taten.

Zur Schadensbilanz der schwarz-gelben Bundesregierung gehören:

- die Streichung der Bundesmittel für das Förderprogramm „Altersgerecht umbauen“,
- die Kürzungen in der Städtebauförderung des Bundes und die massive Kürzung für das Programm „Soziale Stadt“,
- die Ablehnung des SPD-Vorstoßes für eine Mietpreisbremse für Wiedervermietungen im Deutschen Bundestag und stattdessen Beschluss eines Mietrechtsänderungsgesetzes, dass die Position von Mieterinnen und Mietern schwächt,
- die Streichung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger, wovon vor allem Rentnerinnen und Rentner betroffen sind,
- die Einführung der Rente mit 67, obwohl die einst als Voraussetzung ausgemachte Überprüfung aufgezeigt hatte, dass Ältere bisher nicht ausreichend Beschäftigung finden,
- die groß angekündigte Pflegereform, die am Ende bezüglich der Leistungen kleiner nicht hätte sein können und mit dem „Pflege-Bahr“ sogar einen Schritt zur Privatisierung des Lebensrisikos Pflege bedeutet hat,
- den wiederholten Griff in die Rentenkasse, um den Bundeshaushalt in einem besseren Licht dastehen zu lassen,
- das Scheitern von Maßnahmen gegen Altersarmut,
- die Kürzung für die Mehrgenerationenhäuser.

### **3. Wir setzen uns ein für bezahlbaren Wohnraum**

Steigende Mieten sind nicht nur, aber insbesondere in Städten ein zunehmendes Problem. Dies gilt vor allem für Neuvermietungen, die gesetzlich nicht ausreichend geregelt sind. In attraktiven Lagen wird die Miete bei einer Neuvermietung bisweilen um 20 bis 30 Prozent erhöht. Die Neuvertragsmieten von heute sind die Bestandsmieten von morgen. Doch auch langjährige Mieterinnen und Mieter – Bestandsmieter – kämpfen mit teils drastisch Mieterhöhungen zum Beispiel nach Sanierungen. Mietsteigerungen in Höhe von 70 Prozent nach einer Sanierung sind kein Einzelfall.

Die Entwicklung der Mieten ist bundesweit nicht einheitlich. Vor allem wachsende Regionen verzeichnen wachsende Mietpreise. Laut dem Deutschen Städtebund sind die Mieten in zahlreichen Städten zuletzt deutlich gestiegen. Spitzenreiter sind Berlin, Hamburg, München und Frankfurt am Main. In Berlin stiegen die Mieten in den letzten fünf Jahren um fast 28 Prozent an, in Hamburg um rund 23 Prozent, in München um 15,9 Prozent. Betroffen sind aber auch kleinere Städte – insbesondere solche mit Hochschulen, wie zum Beispiel Freiburg oder Greifswald, wo die Mieten allein im Jahr 2011 um jeweils fast 10 Prozent anstiegen. Zum Vergleich: Die Renten sind 2011 nur um 0,99 Prozent, 2012 um rund 2 Prozent und im Jahr 2013 in den alten Bundesländern nur um 0,25 Prozent gestiegen.

Die Wohnkostenbelastung liegt bei Einkommen von etwa 1.300 Euro laut dem Deutschen Mieterbund bereits bei 45 Prozent. Es muss also ein immer größerer Teil des Einkommens für die Wohnkosten ausgegeben werden. Gerade für kleine Einkommen sind starke Mieterhöhungen kaum finanzierbar. Rentnerinnen und Rentner können ihr Einkommen nicht steigern und es ist nicht zu erwarten, dass künftige Rentenerhöhungen mit den aktuellen Mietpreissteigerungen mithalten können. Es droht daher eine Verdrängung von Rentnerinnen und Rentnern mit geringem Einkommen aus guten Wohnlagen – oft bleibt nur der Stadtrand mit einer deutlich schlechteren Versorgungssituation. Dabei sind gerade Ältere auf eine gute und wohnortnahe Versorgung vom Supermarkt bis zum Arzt angewiesen.

Man muss davon ausgehen, dass es bei den Mieten in den nächsten Jahren keine Entwarnung geben wird. Zwar schrumpft Deutschland voraussichtlich als Folge des demografischen Wandels. Der Trend zu Ein-Personen-Haushalten ist aber ungebrochen, so dass der Bedarf an Wohnraum weiter steigt. Der Deutsche Mieterbund warnt vor einer heranwachsenden Wohnungsnot vor allem in Großstädten, Ballungszentren und Universitätsstädten. Dort würden schon heute 250.000 Mietwohnungen fehlen.

Ein weiteres Problem ist, dass der Bestand an Sozialwohnungen – also Wohnraum

für Menschen mit geringem Einkommen, deren Bau staatlich gefördert wurde und für den eine Mietpreisbegrenzung gilt - ist in den letzten zehn Jahren um ein Drittel

zurückgegangen, obwohl die Anzahl der Anspruchsberechtigten gleichzeitig gestiegen ist. Der Mieterbund geht sogar von bundesweit 4 Millionen fehlenden Sozialwohnungen aus.

- Die AG SPD 60 plus begrüßt daher den Vorstoß der SPD-Bundestagsfraktion für eine „Mietpreisbremse“, wonach bei Bestandsmieten bundesweit nur noch eine Mietsteigerung um maximal 15 Prozent in vier Jahren erlaubt sein soll und Mieterhöhungen bei Wiedervermietungen nicht mehr als 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen dürfen.

- Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Landtagsfraktionen auf, dafür zu sorgen, dass Rentenentwicklung und Wohnkostenentwicklung in einem gesunden Verhältnis zueinander stehen. Wir fordern daher nicht nur die Umsetzung der im Bundestag eingebrachten Forderungen, sondern auch eine regelmäßige Überprüfung der Mietpreisentwicklung im Vergleich zur Rentenentwicklung. So kann sichergestellt werden, dass im Falle einer nicht ausreichenden Bremsung der Mieten oder einer zu geringen Rentenentwicklung nachgebessert werden kann und die besondere Problematik der Rentnerinnen und Rentner in der Mietpreisentwicklung berücksichtigt wird.

- Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, dafür zu sorgen, dass der Bund den Ländern jährlich weiterhin mindestens 500 Millionen Euro für die soziale Wohnraumförderung übergibt und die Zweckbindung dieser Mittel über das Jahresende 2013 verlängert wird.

- Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Landtagsfraktionen vor dem Hintergrund des offensichtlichen Mangels an Sozialwohnungen dazu auf, ihre Anstrengungen beizubehalten und zu verstärken, ein ausreichendes Angebot an Sozialwohnungen zu schaffen und anzubieten.

#### **4. Für bezahlbare Nebenkosten und eine bürgerfreundliche Energiewende**

Die AG SPD 60 plus begrüßt die Energiewende. Sie kann jedoch nicht alleine von kleinen Einkommen über Verbrauchssteuern finanziert werden. Die Ausgaben für Energie sind laut der Bundesregierung von 2003 bis 2010 um 32 Prozent je Haushalt gestiegen. Energiekosten drohen zur „zweiten Miete“ zu werden. In Kombination mit teils drastisch steigenden Mietpreisen führt diese Entwicklung dazu, dass gerade für kleine Einkommen immer weniger Geld zum Leben bleibt. Die Politik muss schnell gegensteuern, wenn Wohnen nicht zum Luxusgut werden soll, von dem Rentnerinnen und Rentner mit kleinen Renten ausgeschlossen werden. Ein besonderes Problem sind die Mieterhöhungen nach Sanierungen. Hierbei geht es auch um die energetische Gebäudesanierung, die im Rahmen der Energiewende vorangetrieben wird. Die Energieeinsparung durch eine energetische Gebäudesanierung ist leider in der Regel nicht so hoch wie die dadurch entstehende Mietpreissteigerung. Die Mieterinnen und Mieter haben zudem keine Mitsprachemöglichkeit oder Kontrolle über die Maßnahmen und deren Wirksamkeit.

Eine Sanierung darf aus Sicht der AG SPD 60 plus nicht dazu führen, dass Rentnerinnen und Rentner mit kleinem Einkommen ihre - energetisch sanierte - Wohnung verlassen müssen, weil sie sich diese nicht mehr leisten können. Für Rentnerinnen und Rentner mit kleinem Einkommen hat die schwarz-gelbe Bundesregierung das Problem der Energiekosten mit der Streichung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfängerinnen und Wohngeldempfänger massiv verschärft. Mehr als die Hälfte der Wohngeldempfängerinnen und Wohngeldempfänger sind Rentnerinnen und Rentner mit kleinen Renten.

Die Energiepreise haben nicht nur etwas mit der Energiewende zu tun, sondern auch damit, dass sich lediglich drei Großunternehmen weitgehend den Markt aufteilen, es also keinen ausreichenden Wettbewerb gibt.

- Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, ein Finanzierungskonzept für die Energiewende vorzulegen und umzusetzen, das hohe Einkommen stärker einbezieht und damit kleine und mittlere Einkommen entlastet und für diese die Energiewende bezahlbar macht.

- Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, mit einem

Maßnahmenpaket gegen steigende Strompreise vorzugehen, um eine unzumutbare Belastung für die Verbraucherinnen und Verbraucher zu vermeiden. Wir fordern auch sozial verträgliche Strompreise für die Grundversorgung eines sparsamen Haushalts. Dazu gehören eine geringere Stromsteuer, die Rücknahme der von der schwarz-gelben Bundesregierung erweiterten Ausnahmeregelung für die Wirtschaft bei der Umlage für das Erneuerbare-Energien-Gesetz, einen Ausbau der Energieberatung sowie ein Förderprogramm mit Zuschüssen für Privathaushalte zugunsten energieeffizienter Geräte und Anlagen sowie das Verursacherprinzip bei der Stilllegung von Atomkraftwerken und den Kosten für Atommüll. Nicht zuletzt muss das Kartellamt mehr Möglichkeiten für eine wirksame Kontrolle des Wettbewerbs auf dem Energiemarkt erhalten.

- Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, bei der energetischen Gebäudesanierung für Verbesserungen zugunsten der Mieterinnen und Mieter zu sorgen. Dazu gehört, es zu untersagen, dass nicht rückzahlbare Förderungen und steuerliche Abschreibungen von energetischen Gebäudesanierungen auf die Miete umgelegt werden. Es kann nicht sein, dass Mieterinnen und Mieter für Kosten zahlen, die dem Vermieter gar nicht entstanden sind. Die Umlagefähigkeit für die Kosten von Sanierungsmaßnahmen ist zu senken. Wir fordern zudem, dass Mieterinnen und Mieter über die Sanierungsmaßnahmen ausreichend informiert werden müssen und über unabhängige Sachverständige eine Nachweismöglichkeit erhalten, damit eine Mietsteigerung und Energieeinsparungen nachweislich im Verhältnis zur Investition stehen.

- Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass die Streichung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfängerinnen und Wohngeldempfänger rückgängig gemacht wird.

## **5. Für altersgerechten Wohnraum**

Wenn man plötzlich auf Gehhilfen oder einen Rollstuhl angewiesen ist, ergeben sich in der eigenen Wohnung sowohl für Ältere als auch für Menschen mit Behinderung erhebliche Probleme. Dazu gehören zum Beispiel zu schmale Türen oder schlecht erreichbare Fenstergriffe. Für den Einzelnen kann sich die Notwendigkeit ergeben, Terrassen und Balkone schwellenlos erreichbar zu machen oder bodengleiche Duschen einzubauen. Auch der Einbau eines Treppenlifts kann notwendig werden.

Bisher leben erst rund 500.000 Seniorenhaushalte in barrierefreiem Wohnraum. Eine Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung kam zu dem Ergebnis, dass alleine der kurzfristige Bedarf bis zum Jahr 2020 bei 3 Millionen barrierefreien Wohnungen liegt. Es fehlen also kurzfristig 2,5 Millionen barrierefreie Wohnungen für Ältere.

Die eigene Wohnung muss barrierefrei werden, wenn die Bewohnerin oder Bewohner in ihr bleiben will. Aufgabe des Staates und sozial wie ökonomisch sinnvoll ist es aus Sicht der AG SPD 60 plus, Bewohnerinnen und Bewohner bei dem barrierefreien Umbau von Wohnraum zu unterstützen. Wir hatten es daher begrüßt, als die SPD in der Großen Koalition das Förderprogramm „Altersgerecht umbauen“ ins Leben gerufen hatte und auch die für Ältere notwendige Zuschussvariante für Fördermaßnahmen beschlossen wurde. Leider hat die schwarz-gelbe Bundesregierung die Bundesmittel für das Förderprogramm gestrichen.

- Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für die dringende Rückkehr zur Bundesförderung für den altersgerechten Umbau einzusetzen. In einem ersten Schritt muss eine Rückkehr zum alten Fördervolumen von rund 100 Millionen Euro im Jahr stehen. Insgesamt muss der Bedarf an barrierefreiem Wohnraum mithilfe einer bedarfsgerechten Förderung gedeckt werden. Die Förderung soll stets an den Fortschritt und dem noch bestehenden Bedarf ausgerichtet sein.

## **6. Für altersgerechten Wohnraum für Pflegebedürftige**

Altersgerechter Wohnraum ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Pflege

notwendig. Zwei Drittel der Pflegebedürftigen über 65 Jahre werden zuhause versorgt und fast alle Älteren wollen möglichst lange selbständig in ihrem Wohnraum und damit auch in ihrem gewohnten sozialen Umfeld bleiben. Die Politik darf diesen Wunsch nicht ignorieren, sondern muss es Pflegebedürftigen ermöglichen, so lange es geht in den eigenen vier Wänden bleiben zu können. Möglich ist der Verbleib aber nur in einem Wohnraum, der die individuellen Bedürfnisse von Pflegebedürftigen berücksichtigt.

Neben der staatlichen Förderung des altersgerechten Umbaus braucht es daher auch gezielte Verbesserungen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen. Das ist eine besonders dringliche Aufgabe, da die Zahl der Pflegebedürftigen von heute 2,3 Millionen auf 3,4 Millionen im Jahr 2030 steigen wird. Sowohl Pflegebedürftige als auch Angehörige müssen zudem besser darüber informiert werden, welche Möglichkeiten es zur Verbesserung des Wohnumfeldes gibt und welche Wohnmöglichkeiten mit welcher Förderung zur Verfügung stehen.

- Die AG SPD 60 plus begrüßt den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion „Für eine umfassende Pflegereform – Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe stärken“ und fordert die rasche Umsetzung der darin enthaltenen Forderungen wie die Umsetzung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes mit besseren Leistungen für Demenzzranke, einem flexiblen Zeitbudget für pflegende Angehörige zugunsten der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, den Ausbau der Kurzzeit- und Verhinderungspflege und einer Aufwertung des Pflegeberufs. Zur Finanzierung ist eine Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung nicht vermeidbar. Eine Privatisierung der Pflege wie durch die schwarz-gelbe Bundesregierung eingeleitet („Pflege-Bahr“) lehnen wir strikt ab und sprechen uns für die Bürgerversicherung Pflege aus.

- Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für einen deutlichen Ausbau der Pflegeberatung durch ein flächendeckendes Netz von wohnortnahen Pflegestützpunkten einzusetzen und dabei für eine Integration der Wohnberatung in die Pflegeberatung zu sorgen. Dabei müssen auch Alternativen zum Pflegeheim, wie ambulant betreute Wohngemeinschaften stärker unterstützt werden.

## **7. Für ein altersgerechtes Wohnumfeld**

Barrierefreier Wohnraum alleine löst die Probleme nicht, wenn die Barrierefreiheit vor der Haustür endet. Wer auf einen Rollstuhl angewiesen ist, steht vor einer Vielzahl von „Stolpersteinen“, die in den Weg gelegt werden. Von den Bordsteinkanten beim Überqueren von Straßen bis hin zu fehlenden Aufzügen zur U- Bahnstation in Großstädten.

Problematisch ist zudem ein „Abrutschen“ von ganzen Wohngebieten durch Leerstand in unattraktiven Lagen, das mit einer Einschränkung des Versorgungsangebotes für die Verbleibenden einhergeht. Baumaßnahmen um ein „Abrutschen und Aussterben“ einer strukturschwachen Gegend zu vermeiden – müssen aus unserer Sicht deutlich gestärkt werden. Gerade der Rückbau liefert auch die Chance, eine Region wieder – altersgerecht – aufzuwerten.

Der Bedarf für die Städtebauförderung des Bundes liegt laut einer Studie des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung bei 700 Millionen Euro im Jahr. Von der Bundesregierung wurde die Städtebauförderung dennoch auf zuletzt 455 Millionen Euro im Jahr gekürzt. 2009 hatte die Städtebauförderung des Bundes noch ein Volumen von 570 Millionen Euro. Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ erhält mittlerweile nur noch eine Förderung in Höhe von 40 Millionen Euro – 2009 waren es noch 105 Millionen Euro.

Nicht jede Kommune hat ausreichend eigene Mittel zur Verfügung, um in ihrem Kompetenzbereich Barrierefreiheit zu schaffen. Das kann zu ungleichen Lebensbedingungen für Ältere führen und am Ende zu barrierefreien reichen Regionen und nicht barrierefreien strukturschwachen Regionen. Dabei ist die flächendeckende Barrierefreiheit nicht zuletzt vor dem Hintergrund der notwendigen Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wichtig. Letztere fordert unter anderem bessere Teilhabemöglichkeiten durch Barrierefreiheit. Zur Verbesserung des Wohnumfeldes gehören auch das bürgerschaftliche Engagement, der nachbarliche Austausch und gegenseitige Hilfe. Diese müssen wir stärken –

auch im Zusammenspiel mit der Städtebauförderung des Bundes.

Hier bietet zum Beispiel das Programm Soziale Stadt die Möglichkeiten für eine Verknüpfung der Integrationsmaßnahmen der Sozialen Stadt für Menschen mit Migrationshintergrund mit dem generationenübergreifenden Ansatz und der verstärkten Einbeziehung Älterer in der jeweiligen Nachbarschaft. Möglich wären dabei auch interkulturelle Nachbarschaftsprojekte mit Patenschaften Älterer für Familien und Kinder mit Migrationshintergrund oder gegenseitige Hilfsprojekte. Wir brauchen zudem neue Impulse und müssen bundesweit „Generationenbündnisse“ ins Leben rufen, um ein besseres Miteinander von Jung und Alt vor Ort zu ermöglichen. In den Bündnissen sollen Vertreterinnen und Vertreter aus Kommunalpolitik, Gewerkschaften, Wirtschaft, Vereinen und Verbänden, Kirchen und nicht zuletzt die Bürgerinnen und Bürger eines Ortes zusammenkommen und gemeinsam Verbesserungen vor Ort entwickeln. Dabei geht es auch um eine Verbesserung der Versorgung zum Beispiel durch Bringdienste, Fahrgemeinschaften sowie Maßnahmen für Barrierefreiheit in der Gemeinde oder der Region. Jung und Alt sollen gemeinsam vor Ort Projekte entwickeln und umsetzen, die in ihrer Region besonders dringlich sind und dabei auch den Zusammenhalt der Generationen stärken.

Zur sozialen Infrastruktur für eine älter werdende Gesellschaft gehören auch die Mehrgenerationenhäuser. Die Mehrgenerationenhäuser sind zur wichtigen Anlaufstelle für ehrenamtliches Engagement geworden und können auch Standort und Treffpunkt für die Generationenbündnisse werden. Leider hat die schwarz-gelbe Bundesregierung nicht nur die Bundesförderung der Mehrgenerationenhäuser gekürzt, sondern auch ihre Zahl. Das ist aus unserer Sicht genau der falsche Weg und ein weiterer Beleg für die Orientierungslosigkeit der schwarz-gelben Bundesregierung.

- Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für eine Erhöhung der Mittel für die Städtebauförderung des Bundes auf 700 Millionen Euro im Jahr einzusetzen.
- Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich weiter für eine Aufstockung der Mittel für das Programm Soziale Stadt auf 150 Millionen Euro im Jahr einzusetzen und das Programm inhaltlich mit einem zusätzlichen Förderschwerpunkt „demografischer Wandel“ auszubauen. Neben baulichen Maßnahmen müssen im Rahmen der Sozialen Stadt auch wieder soziale Investitionen erlaubt werden – letzteres hatte die schwarz-gelbe Bundesregierung verboten.
- Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für eine Erhöhung der – ebenfalls deutlich von der schwarz-gelben Bundesregierung gekürzten Programme – „Stadtumbau Ost“ sowie „Stadtumbau West“ einzusetzen und auch hier einen Schwerpunkt demografischer Wandel zu setzen.
- Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für eine stärkere Unterstützung der Kommunen bei Investitionen in Barrierefreiheit einzusetzen und sich für ein neues Bund-Länder-Programm „Barrierefreie Kommune“ mit Zuschüssen für barrierefreie Umbaumaßnahmen für kommunale Liegenschaften (wie zum Beispiel Rathäuser, Schwimmbäder, Bibliotheken, Öffentlicher Personennahverkehr, Bordsteine) einzusetzen.
- Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für die Einrichtung einer bundesweiten Koordinierungsstelle „Servicestelle Generationenbündnisse“ einzusetzen, die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziert werden soll. Die Servicestelle soll Ansprechpartner für Interessierte sein und einen Leitfaden zur Gründung von Generationenbündnissen vor Ort anbieten.
- Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für die weitere Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser als Anlaufstelle für ehrenamtliches Engagement einzusetzen und ihre Zukunft zu sichern.

## 8. Für Mobilität auch im ländlichen Raum

Insbesondere im ländlichen Raum sowie in strukturschwachen Regionen, erleben es viele Ältere, dass die Jüngeren in Ballungsgebiete ziehen und mit dem Schrumpfen und dem Alterwerden einer Gemeinde oder einer Region auch die Versorgungsqualität zurückgeht. Es fehlt an einer gut erreichbaren medizinischen Versorgung aber auch an einer Infrastruktur von der Bank bis zum Supermarkt. Geringere Einwohnerzahlen aber auch Finanzschwäche von Kommunen haben zudem in vielen Fällen eine Reduzierung des Angebots im Öffentlichen Personennahverkehr zur Folge. Wer kein Auto hat oder nicht mehr selbst fahren kann, kommt in massive Versorgungsprobleme. Die AG SPD 60 plus, will den ländlichen Raum als Lebensraum für Ältere erhalten. Um das zu erreichen, müssen wir die Infrastruktur verbessern und in zahlreichen Bereichen gegensteuern. Nicht allein die Einwohnerzahl darf über das Angebot entscheiden. Es ist in unseren Augen eine staatliche Aufgabe, dafür zu sorgen, dass ländliche und strukturschwache Regionen ein bedarfsgerechtes ÖPNV-Angebot erhalten - und zwar auch dann, wenn es nicht profitabel ist. Es geht um die Daseinsvorsorge und die Sicherung der Mobilität der Älteren und nicht zuletzt um die Zukunft des ländlichen Raums.

Barrierefreie Bahnhöfe sind ein wichtiger Beitrag für Mobilität im Alter. Die bisherige Vorgabe für den barrierefreien Umbau von Bahnhöfen hinsichtlich der Nutzerzahl sorgt jedoch dafür, dass kleinere Bahnhöfe nicht entsprechend saniert werden. Das trifft insbesondere den ländlichen Raum. Auch kleine Bahnhöfe brauchen aus unserer Sicht Barrierefreiheit, was im Übrigen auch eine Vorgabe der von Deutschland unterzeichneten UN-Behindertenrechtskonvention ist. Auch die von uns geforderten Generationenbündnisse können ein Beitrag für mehr Mobilität im ländlichen Raum für Ältere sein, zum Beispiel durch die ehrenamtliche Fahrgemeinschaften, Lieferservice und als Impulsgeber für Verbesserungen im heimischen ÖPNV.

- Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Landtagsfraktionen dazu auf, in den Bundesländern bei dem Zuschuss für den Öffentlichen Personennahverkehr den Faktor Demografie zu berücksichtigen und sich dafür einzusetzen, dass der ländliche Raum nicht abgehängt wird und Barrierefreiheit im ÖPNV zu unterstützen.

- Die AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für eine stärkere Förderung des barrierefreien Umbaus von Bahnhöfen einzusetzen und dabei auch kleinere Bahnhöfe zu unterstützen. Auf eine Ausstattung mit entsprechenden sanitären Einrichtungen ist zu achten.